S 1 Chemo Technik Augustastr. 14 A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 114 Donnerstag, den 24. September 1931 44. Jahrgang

Goldwährung außer Kraft gesetzt.

Meinungen in Londoner Regierungskreisen.

London, 22. September.

„In einer Atmosphäre vollkommener Ruhe" hat sich die Verkündung der vorübergehenden Außerkraftsetzung der Goldwährung abgespielt. Gegen 10 Uhr abends haben die Kabinettsmitglieder Downingstreet verlassen, und zwar „erhobenen Hauptes".

In maßgebenden Kreisen der Regierung weist man darauf hin, daß es sich bei der Aufhebung des Goldstandards nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt, und betont, daß es ein Unterschied sei, ob ein Land mit ausgeglichenem Haushalt oder ein Land mit Fehlbeträgen im Budget seine Goldwährung außer Kraft setzt.

Die Gründe für die Notmaßnahmen der englischen Regierung liegen nach Ansicht unterrichteter Kreise darin, daß einmal in der ganzen Welt gegenwärtig große Unruhe herrscht und daß insbesondere die Lage in England durch den Mangel an Vertrauen seitens der Länder verschlechtert wurde, die in London Kapital angelegt hatten. In zweiter Linie kommen auch die sensationellen Nachrichten in Betracht, die über den englischen Flottenzwischenfall verbreitet wurden. Man ist überzeugt, daß die Einsicht und der Patriotismus des englischen Volkes jegliche Panik verhindern werden. Jedenfalls würde die Regierung sofort energische Schritte unternehmen, um allen den nationalen Interessen zuwiderlaufenden Handlungen entgegenzutreten.

Die Ausfuhr von Vermögen britischer Staatsangehöriger wird in Zusammenarbeit mit den Banken einer Kontrolle unterliegen, und auch der Handel mit fremden Werten wird behördlicherseits Einschränkungen unterworfen werden.

Londoner Pressecho.

Wenn auch die Morgenblätter nicht den Versuch machen, den Ernst der vom Kabinett gefaßten Beschlüsse oder vielmehr den Ernst der Lage, die zu diesen Beschlüssen Anlaß gegeben hat, zu leugnen, so behandeln sie doch ohne Unterschied der Partei die neueste Entwicklung der Krise in bemerkenswert ruhigem und zuversichtlichem Tone und ermahnen das Publikum, den Kopf oben zu behalten.

Es wird hervorgehoben, daß ausmärzige Faktoren und besonders die abnormen Abzüge von Gold und Krediten am Freitag und Sonnabend voriger Woche die Lage akut gestaltet haben. Angesichts des internationalen Charakters der Schwierigkeiten wird die Einberufung einer internationalen Konferenz als unbedingt notwendig bezeichnet.

Frankreichs Ansicht.

Der Beschluß der englischen Regierung, die Goldwährung aufzuheben, scheint in gut unterrichteten Pariser Kreisen nicht vollständig überraschend gekommen zu sein, hat aber dennoch große Beunruhigung ausgelöst. Man glaubt die Sache des englischen Pfundes noch nicht verloren und scheint namentlich wegen der möglichen Rückwirkungen der jetzt vollends zutage getretenen englischen Krise auf andere Länder weiteren finanziellen Konzessionen nicht abgeneigt zu sein. Jedenfalls sei man sich heute in England darüber klar, daß die Zwischenfälle von Invergordon die unangenehmste Wirkung im Ausland ausgelöst hätten. Das Vertrauen sei erschüttert worden.

Wie Neuyork die Krise sieht.

Die amerikanischen Blätter widmen der Aufhebung der englischen Goldwährung und den möglichen internationalen Auswirkungen dieser Maßnahme mehrere Seiten. Obwohl man das Ereignis in informierten Kreisen vorausgesehen hatte, machte doch die endgültige Bestätigung einen tiefen Eindruck und veranlaßte eine Anzahl Besprechungen führender Bankiers und von Mitgliedern verschiedener Börsen,

wobei die englischen Maßnahmen als notwendig und ihre voraussichtlichen Rückwirkungen auf den Neuyorker Platz als nicht beunruhigend bezeichnet worden sind.

Die amerikanischen Gelder, die in England angelegt sind, erreichen keine beträchtliche Höhe; unterrichtete Bankiers schätzen die amerikanischen Sterling-Guthaben in den britischen Banken auf weniger als 50 Millionen Dollar. Auch die Reservebanken sollen gegenwärtig kaum Sterling-Akzepte besitzen mit Ausnahme der Akzepte für den zusammen mit der Banque de France gewährten August-Kredit von 250 Millionen. Die führenden Bankiers sind zwar abgeneigt, formelle Erklärungen über das Problem abzugeben, die in England veröffentlichten Meldungen jedoch, daß amerikanische Spekulanten Baissevorstöße gegen den Pfund Sterling unternommen hätten, werden als absurd bezeichnet.

Berliner Börse geschlossen.

Der Berliner Börsenvorstand macht bekannt: Mit Rücksicht auf die Schließung der Londoner Börse und anderer europäischer Börsen findet eine Notiz von Wertpapieren, Devisen und Metallen an der heutigen Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht zulässig. Devisenkurse werden heute in der Reichsbank festgestellt. Die deutschen Provinzbörsen schlossen sich der Berliner Börse an.

Pariser Börse bleibt geöffnet.

Die Pariser Börse ist nicht geschlossen. Wie es in informierten Kreisen heißt, sollen die französischen Regierungskreise durch den englischen Geschäftsträger auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht worden sein und sich bereit erklärt haben, alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, um England zu helfen.

Finanzminister Flandin hat eingehend mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, dem Direktor der Devisenabteilung im Finanzministerium, Escalier, und dem Syndikus der Pariser Börsenmakler, Jacob, verhandelt. Im Verlaufe der Besprechung wurden die durch die englischen Beschlüsse geschaffene Lage und die Rückwirkungen, die sie eventuell auf den französischen Finanzmarkt haben könnte, eingehend geprüft. Im Anschluß daran begab sich der Finanzminister zu Ministerpräsident Laval, um ihn über die Lage zu unterrichten.

Die Börsen in Brüssel, Wien, Amsterdam, Stockholm, Zürich und Bombay wurden ebenfalls geschlossen.

Snowden über die Goldsperre.

Die Gesetzesvorlage über die Abschaffung der Goldwährung vor dem Unterhaus.

London, 22. September.

Schatzkanzler Snowden brachte im Unterhaus die Gesetzesvorlage zur vorübergehenden Außerkraftsetzung der Goldwährung ein. Der Gesetzentwurf ermächtigt das Schatzamt, Verfügungen zu erlassen, um Maßnahmen zur Ueberwindung der durch die Aufhebung des Goldstandards entstehenden Schwierigkeiten in Kraft zu setzen. Snowden betonte, der Gesetzentwurf würde den freien Goldmarkt in London nicht einschränken. Auf die Bewegungsfreiheit des Goldes, das von ausländischen Regierungen und Banken der Bank von England zur Aufbewahrung übergeben worden sei, würden keine Beschränkungen gelegt werden. Ihren Verpflichtungen werde die Regierung weiter nachkommen.

Die Welt müsse lernen, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht aufrecht erhalten werden könne, wenn jeder gleichzeitig versuche, seine Anlagen zu liquidieren. Es bestehe die Möglichkeit, daß die gegenwärtige Krise die Wege für eine bessere internationale Zusammenarbeit ebnen würde.

In den Ausführungen Snowdens war noch eine Stelle von besonderer Bedeutung, in der der Schatzkanzler die Bereitwilligkeit der britischen Regierung, eine internationale Konferenz abzuhalten, betonte.

Der Führer der Opposition, Henderson,

gab für die Opposition das Versprechen ab, daß sie alles nur mögliche tun wolle, um Aeußerungen oder Erklärungen zu vermeiden, die dazu angetan sein könnten, eine Panik in England und im Auslande hervorzurufen.

Wieder Börse in London.

London, 22. September.

Nach einer Mitteilung des Börsenvorstandes wird die Londoner Börse am Mittwoch zur üblichen Zeit wieder ihre Pforten öffnen.

Dieser überraschende Beschluß ist geteilt aufgenommen worden. In einigen Bank- und Börsenkreisen der englischen Hauptstadt befürchtet man Kursverluste, da noch nicht allgemein eine Beruhigung eingetreten wäre.

Reichstagszusammentritt 13. Oktober.

Außen- und innenpolitische Debatte.

Zwischen Reichskanzler Brüning und Präsident Löbe wurde vereinbart, daß der Reichstag zu dem von ihm selbst bestimmten Termin, nämlich am 13. Oktober, zusammentritt, um zunächst eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen. Mit der Beratung dieser Regierungserklärung werden sämtliche Anträge und Interpellationen verbunden, die von den Parteien zur Politik der Reichsregierung eingebracht worden sind oder noch eingebracht werden. Man darf also mit einer umfangreichen außen- und innenpolitischen Debatte rechnen.

Außerdem müssen vor Weihnachten vom Reichstag noch einige dringliche Vorlagen erledigt werden. Die weitere Entwicklung hängt von der Stellungnahme der Parteien ab und war daher noch nicht Gegenstand der Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstagspräsidenten. Man rechnet damit, daß die Herbsttagung des Reichstages einige Wochen in Anspruch nimmt. Dann würde eine Weihnachtspause folgen, während der die Ausschüsse arbeiten können. Im neuen Jahre müßte der Reichstag sich wieder versammeln, um den Etat zu beraten.

Vor der neuen Reichsnotverordnung.

Die Beratungen über die Probleme der neuen Notverordnung sind so weit gediehen, daß die Schlußentscheidung der Reichsregierung in einer großen Kabinettssitzung noch im Laufe dieser Woche oder spätestens nach dem Besuch der französischen Gäste in der nächsten Woche stattfinden wird. Die Reichsregierung hat jetzt bereits Erfahrung in der Beratung von Notverordnungen, und innerhalb der Reichsressorts sind die einzelnen Probleme so weit geklärt worden, daß in Chefbesprechungen an die Verordnungen die letzte Hand gelegt werden konnte, bis in der Schlußentscheidung die Verordnungen vom Gesamtkabinett erledigt werden und dann dem Reichspräsidenten als Entwurf zur Entscheidung zugehen.

Die neue Notverordnung wird voraussichtlich sechs Materien regeln, und zwar handelt es sich um die schon angekündigte Einrichtung der Sondergerichte.

Da hier im Reichsjustizministerium bereits Vorgänge aus früheren Jahren vorliegen, wird die formelle Gestaltung dieser Notverordnung wenig Zeit beanspruchen. Die Justizverbilligungsmaßnahmen haben bisher noch gewissen Widerstand gefunden. Es muß damit gerechnet werden, daß einzelne Fragen, deren Regelung zwar von den Ländern aus finanziellen Gründen gewünscht wird, aus prinzipiellen Gründen aber von der Reichsregierung eine Zustimmung nicht finden werden.

Das Reichsarbeitsministerium ist vor allem mit der Frage der Zusammenlegung der Krisenfürsorge mit der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge beschäftigt.

Weiterhin sind vom Reichsarbeitsministerium Ergänzungen zum Dietrichschen Siedlungsplan in Vorschlag gebracht worden, über die auch noch endgültig entschieden werden muß.

Die Grundlinien der neuen Notverordnung im Hinblick auf die Beamten sind bereits durch die preußische Notverordnung bekanntgeworden. Bleibt als letztes die Frage der Hauszinssteuer, die im Kabinett einen überaus lebhaften Meinungsaustausch herbeigeführt hat. Für diese Frage hat sich auch Reichskanzler Dr. Brüning besonders interessiert, und es sind außerdem die einzelnen Interessentengruppen gehört worden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß hier die Meinungen weit auseinandergehen. Ein Beispiel dafür ist die Stellungnahme des preußischen Handelsministers Dr. Schreiber, der aus wirtschaftspolitischen Gründen einen radikalen Abbau der Hauszinssteuer vorgeschlagen hat, während der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, der die Bauwirtschaft in Preußen betreut, im Interesse dieser öffentlichen Bauwirtschaft einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Wenn in der Oeffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, als ob daraus eine Krise im preußischen Kabinett entstehen könnte, so ist das völlig unrichtig, denn die Angelegenheit wird ja nicht von der preußischen Regierung, sondern von der Reichsregierung entschieden.

Notverordnungen der Länder.

Dresden, 23. September.

Der sächsische Ministerpräsident erläuterte vor der Presse die neue sächsische Verordnung und sagte u. a., die Regierung habe sich entschlossen, für dieselbe Zeit, für die die Beamtengehälter weiter gekürzt werden, die Schlachtsteuer um 30 v. H. und die Stempelsteuer um 20 v. H. zu erhöhen und für die Gerichts- und Verwaltungskosten einen Zuschlag von 15 v. H. vorzuschreiben. Die Hochschulgebühren würden heraufgesetzt. Nur mit größten Bedenken habe sich die Regierung entschlossen, das Schulgeld für die höheren Schulen von 180 Mark auf 240 Mark zu erhöhen und für das neunte und zehnte Schuljahr der höheren Abteilungen der Volksschulen sowie der Vollklassen der Berufsklassen ein Schulgeld von 60 Mark einzuführen. Auch für die Hochschulen des Landes seien empfindliche Einschränkungen getroffen worden.

Die Gehälter der akademisch gebildeten Lehrer hätten wesentlich herabgesetzt werden müssen. Bei der höheren Beamtenschaft werde eine allgemeine Herabsetzung der Gehaltsstaffelung vorgenommen. In der Gemeindebeamtenbesoldung werde im allgemeinen die Gleichstellung mit den vergleichbaren Staatsbeamten aufrecht erhalten. Bei der allgemeinen Gehaltskürzung in Höhe von 5 v. H. sei durch eine Freigrenze von 1500 RM Vorsorge getroffen, daß sich bei den unteren Beamtengruppen die Kürzung nur unbeträchtlich auswirke.

Das Ergebnis der besoldungspolitischen Maßnahmen sei eine Ersparnis von rund 5 Millionen RM. Durch sonstige Maßnahmen würden 2,71 Millionen RM gespart. Eine weitere Ersparnis von 2 Millionen RM werde sich ergeben, wenn das Reich eine Aenderung der Pensionsskala mit Wirkung auch für die Länder vornehme.

In Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern sollen die Geschäfte der unteren Staatsverwaltungsbeamten den Amtshauptmannschaften übertragen werden, und zwar von dem Zeitpunkt ab, wo der im Amt befindliche Bürgermeister sein Amt aufgebe. Den Gemeinden unter 1500 Einwohnern solle nur noch in Ausnahmefällen ein berufsmäßiger Bürgermeister vorstehen.

Einschneidende Maßnahmen in Hessen.

Darmstadt, 23. September.

Der hessische Finanzminister teilte der Presse die neue Notverordnung seines Landes mit:

An erster Stelle steht eine allgemeine Gehaltskürzung bei den Beamten unter Freilassung eines Betrages von 1500 Mark. Die Kürzung des 1500 Mark übersteigenden Betrages beträgt fünf v. H. Für die unverheirateten Beamten wird außerdem noch eine weitere Kürzung von fünf v. H. und bei den verheirateten Beamten ohne Kinder eine solche von drei v. H. treten.

Weiter wird angeordnet, daß die Bezüge der Beamten usw. künftig nicht mehr monatlich im voraus, sondern am Monatsende gezahlt werden.

Bei jedem Beamten, der einen Nebenverdienst von mehr als 500 Mark jährlich bezieht, wird der 500 Mark übersteigende Betrag des Nebeneinkommens zur Hälfte bei den staatlichen Dienstbezügen abgezogen. Bei Ruhegehaltsempfängern, die noch ein Arbeitseinkommen haben, wird die Pension gekürzt, wenn das Arbeitseinkommen 2000 Mark übersteigt und außerdem Pension plus Arbeitseinkommen höher sind als das frühere Gehalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310924-12/fragment/page=0001

Poncet beim Reichspräsidenten.

Er überreichte sein Beglaubigungsschreiben.

Berlin, 23. September.

Der Reichspräsident empfing den neuernannten französischen Botschafter Francois-Poncet zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

Der Botschafter wurde nach dem üblichen Zeremoniell durch den Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, abgeholt und im Wagen des Reichspräsidenten zum Präsidenten-Palais geleitet; das Botschaftspersonal folgte in besonderem Wagen. Im Vorhof des Reichspräsidentenhauses erwies eine Ehrenwache dem Botschafter die militärischen Ehrenbezeugungen. An dem Empfang nahm außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. von Bülow in Vertretung des zurzeit in Genf weilenden Reichsministers des Auswärtigen teil. Nach den wechselseitigen Ansprachen fand eine Unterhaltung statt, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten die Mitglieder der Botschaft vorstellte. Beim Verlassen des Hauses erwies die Ehrenwache dem Botschafter erneut militärische Ehrenbezeugungen, der unter gleichem Zeremoniell wie bei der Hinfahrt nach der Botschaft zurückgeleitet wurde.

Frankreich wünscht Zusammenarbeit.

Botschafter Poncet vor der Presse.

Bei einem Presseempfang wies der neue französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, darauf hin, daß seine Ansprache beim Reichspräsidenten deutlich beweise, in welchem Sinne er versuchen wolle, die ihm anvertraute Aufgabe zu lösen, und fuhr dann fort:

Obwohl Frankreich bisher von der Wirtschaftskrise weniger betroffen wurde als andere Länder, wünscht es doch keineswegs, sich von der übrigen Welt abzuschließen. Selbstverständlich möchte es seine eigenen Interessen wahren, bleibt aber dabei nicht dem

Schicksal der benachbarten Völker

gegenüber gleichgültig. Im Gegenteil fühlt Frankreich, daß eine immer enger geknüpfte Solidarität die Nationen miteinander verbindet und daß nur eine ehrlichgemeinte Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe Europa und die Welt in Stand setzen werden, eine besonders schwierige Zeitspanne ohne übermäßige Leiden zu überwinden.

Soweit es in ihrer Macht steht, wird die Regierung der französischen Republik alles versuchen, um mit Deutschland zu beständigen Beziehungen und einer wirksamen Zusammenarbeit zu gelangen.

Ich werde mich dieser Aufgabe, soweit es in meinen Kräften steht, mit um so größerer Freude widmen, als Deutschland für mich kein unbekanntes Land ist.

Laval nach Washington eingeladen.

Amerikanisch-französische Konferenz in Washington.

Paris, 22. September.

Wie verlautet, hat der amerikanische Botschafter Edge den französischen Ministerpräsidenten Laval offiziell nach Washington zu einer persönlichen Aussprache mit dem Präsidenten Hoover eingeladen. Die Besprechungen der französischen und amerikanischen Staatsmänner sollen vornehmlich den internationalen Finanzfragen und dem Abrüstungsproblem gelten. Man nimmt als sicher an, daß die Reise schon in nächster Zeit stattfindet.

Kampf gegen Kapitalflucht.

Die Stimmung in England zur Finanzkrise.

London, 23. September.

Die Finanzkrise war Gegenstand einer Kabinettssitzung, die beschleunigt einberufen worden war. Die Regierung beschloß, gegen Inflationsgewinnler ganz energisch vorzugehen. Eine Organisation für diesen Zweck besteht bereits.

Das Schatzamt hat eine sehr scharfe Verfügung ausgegeben, die bis auf weiteres den Ankauf von Devisen oder die Ueberweisung von Guthaben zu dem Zweck, Devisen zu erhalten, für britische Staatsangehörige verbietet. Die Southern Railways, eine der vier großen englischen Eisenbahngesellschaften, hat beschlossen, die Fahrpreise nach dem Festlande zu erhöhen.

In einzelnen Teilen des englischen Weltreiches macht sich eine gewisse Unzufriedenheit darüber geltend, daß die Landeswährung mit dem englischen Pfund verknüpft ist. In Aegypten hatten die Bankvertreter hierüber Besprechungen mit der Regierung. In Kairo und Alexandrien bleibt die Börse auch am Mittwoch geschlossen. In Kreisen der englisch-indischen Konferenz wird versucht, bei den bevorstehenden Finanzverhandlungen auch die Frage aufzuwerfen, ob es nicht zweckmäßig sei, die indische Währung von der englischen unabhängig zu machen.

Amerika im Abrüstungsausschuß.

Teilnahme an den Beratungen über die Abrüstungspause.

Washington, 22. September.

Das amerikanische Staatsdepartement hat die telegraphische Einladung zur Teilnahme an den Beratungen des Abrüstungsausschusses der Völkerbundsversammlung über die Rüstungspause angenommen und den amerikanischen Gesandten in Bern, Hugh A. Wilson, als Vertreter entsandt. Der amerikanische Gesandte wohnte den Verhandlungen bereits bei.

Man nimmt jetzt an, daß der Abrüstungsausschuß auch nach Abschluß der Völkerbundsversammlung fortlagen wird, und daß er sich dann als Sonderkomitee oder als eine Art vorbereitende Konferenz konstituieren wird, auf der der gesamte Fragenkomplex, der mit der Nichterhöhung des gegenwärtigen Rüstungsstandes zusammenhängt und teilweise schon in das Gebiet der eigentlichen Abrüstungskonferenz eingreift, erörtert werden wird.

Italien für einjährige Rüstungspause.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Abrüstungsausschusses begründete der Vertreter Norwegens, Colban, die Entschließung der fünf Staaten, wonach die Völkerbundsmitglieder in Erwartung der Ergebnisse der Abrüstungskonferenz sich jeder Maßnahme enthalten sollen, die auf eine Erhöhung des gegenwärtigen Rüstungsstandes hinzielt. Im Anschluß daran kam der italienische Delegierte, General de Marini, auf die weitergehende Forderung des Außenministers Grandi zurück, die bekanntlich einen völligen Stillstand der Rüstungen, wenigstens während der Dauer der Konferenz, empfiehlt.

Die italienische Delegation ist zu der Auffassung gekommen, daß die Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft getrennt betrachtet werden müssen. Für die Landrüstungen müßte man zu einer Verhinderung der Ausgabenvermehrung greifen. Für die Rüstungen zur See könnte der Stillstand leicht durch die Einstellung aller Neubauten erreicht werden. Für die Luftrüstungen wäre der Stillstand in der Form einer Verpflichtung denkbar, daß neue Luftfahrzeuge nur zum Ersatz derjenigen gebaut werden dürfen, die während der Dauer des Stillstandes außer Dienst gestellt werden müssen. Die Rüstungspause müsse unbedingt der Zeit nach genau festgelegt werden. Italien würde die Dauer eines Jahres für angemessen halten.

Chinesische Protestnote an Japan.

Nanking, 20. September

Die chinesische Regierung hat eine zweite Note an Japan gesandt, in der sie die sofortige Räumung der besetzten Bezirke der Mandschurei und die Wiederherstellung des status quo verlangt. China behält sich das Recht vor, später „entsprechende Schritte" zu unternehmen.

Fortdauer der Kämpfe.

Der Kampf zwischen Chinesen und Japanern setzte erneut an der Eisenbahnlinie Peking—Mukden südlich von Mukden ein. Er dauerte bis spät in die Nacht an.

Deutsche Tagesschau.

Durchführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverkürzung.

Der Reichsrat hält am Donnerstagnachmittag eine Vollsitzung ab. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen der Entwurf von Durchführungsbestimmungen zur Notverordnung vom 5. Juni. Es handelt sich dabei um die Durchführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministeriums zur Frage der Arbeitszeitverkürzung. Es wird darin geregelt, wie im einzelnen für den Fall, daß in einem Gewerbe Arbeitszeitverkürzung eintritt, vorgegangen werden soll.

Curtius' Rückkehr.

Reichsaußenminister Dr. Curtius reist Mittwochnachmittag in Begleitung von Geheimrat Dr. Reinebeck vom Auswärtigen Amt von Genf nach Berlin ab. Der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Zechlin, fährt am Donnerstag wieder nach Berlin zurück. In Vertretung des Reichsaußenministers wird für den Rest der Völkerbundstagung Graf Bernstorff die Führung der deutschen Delegation übernehmen.

Auslands-Rundschau.

Einschränkung des Baumwollbaues in Texas.

Der Senat und das Abgeordnetenhaus des Staates Texas haben eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die das 1932/33 mit Baumwolle zu bebauende Gebiet auf 30 Prozent der bisherigen Anbaufläche beschränkt wird. — Die südlichen Staaten sind im allgemeinen für die Einschränkung der Anbauflächen, haben auf den Schritt der gesetzgebenden Körperschaft von Texas gewartet, da Texas ein Drittel der amerikanischen Baumwolle erzeugt.

Die wirtschaftliche Lage Amerikas.

In einer vor dem Konvent der amerikanischen Legion gehaltenen Rede erklärte Präsident Hoover, die Ursache der amerikanischen Wirtschaftskrise sei die unruhige Lage Europas. Durch die wirtschaftliche Macht Amerikas, fügte er hinzu, wäre die Prosperität bereits längst wiederhergestellt worden, wenn sie nicht durch die schwankende Lage im Ausland gehemmt worden wäre. Hoover meinte, daß die Vereinigten Staaten die Welt zur wirtschaftlichen Wiederherstellung führen würden.

Kleine politische Meldungen.

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau vertagt. Die Verhandlungen für den Ruhrbergbau sind vom Schlichter für den Bezirk Westfalen bis auf weiteres vertagt worden.

Pfrimer will nach Oesterreich zurückkehren. Dr. Pfrimer hat die Absicht, nach Oesterreich zurückzukehren. Er hat das Marburger Polizeikommissariat um Ausstellung eines Visums nach Oesterreich ersucht.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Mitte September wurden in Oesterreich insgesamt 196 325 unterstützte Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zur letzten Zählung ergibt sich somit eine Zunahme um rund 500 Personen.

Aus der Umgegend

Nebra, 24. September.

— Totale Mondfinsternis. Die gegenwärtige regnerische Witterung beschert uns zwar seit längerer Zeit nicht nur Mondfinsternisse, wir haben ja t glich den Genuß einer totalen Sonnenfinsternis. Immerhin aber wird es viele Freunde besonders Vorgänge im Weltraum interessieren zu erfahren, daß am Abend des 26. Sept. (Sonnabend) eine totale Mondfinsternis zu erwarten ist. Sie ist bei uns wie bereits berichtet, am 26. September zu sehen, und beginnt kurz vor 19 Uhr, etwa beim Aufgang d.s Mondes, mit dem Eintritt in den Halbschatten der Erde. Kurz nach 20 Uhr ist die volle Mondscheibe verfinstert. Die totale Verfinsterung dauert bis 21.30 Uhr. Dann tritt der Mond rechts oben aus dem Erdschatten hervor.

— Die Kirmessen in Wippäch und Wetzendorf am vergangenen Sonntag und Montag waren trotz des für Ausflüge nicht günstigen Wetters recht gut besucht. Namentlich aus Nebra hatten sich zahlreiche Gäste eingefunden, die über die vortreffliche und auch preiswerte Bewirtung in den Gastwirtschaften voll des Lobes waren.

— Bund Königin Luise. Am 27. September veranstaltet der Gau Thüringen des Bundes Königin Luise seinen diesjährigen Gautag. Als Tagungsort ist diesmal das Ehrenhaingelände in Bad Berka gewählt worden. Wie die Gauleitung mitteilt, erregt dieser Plan in ganz Thüringen und über Thüringens Grenze hinaus große Freude, versprechen sich doch die Kameradinnen des Bundes eindrucksvolle Feierstunden von dem geplanten Gottesdienst im Ehrenhain.

— Turnbezirk Artern. Unter der Oberleitung des Bezirksoberturnwarts Schinköth fand in Artern am Sonntag die 3. Bezirksvorturnerstunde statt. Diesmal standen im Vordergrund des Uebungsstoffes die volkstümlichen Uebungen. Der Turnwart für dieses Turngebiet, Thr. Brock-Reinsdorf, hatte die Leitung übernommen. Auf dem Turnplatz, z. T. auch in der Halle wurden diese Uebungsgebiete theoretisch und praktisch durchgearbeitet. Leider werden diese in den Landvereinen oft vernachlässigt oder nur dann gepflegt, wenn ein größeres Fest bevorsteht. Man braucht zum Ueben nicht immer einen mustergültigen Platz; es geht auch so, wenn nur die gute Anleitung und der gute Wille da sind. In der Nachversammlung wurde der Turnstoff nochmals besprochen und Erfahrungen zwischen den einzelnen Vereinen ausgetauscht. Im weiteren Verlauf der Verhandlung fanden Aussprachen über das Bezirksturnfest in Ebersleben und Höchstleistungsturnen in Roßleben statt. Dabei wurden die gemachten Fehler bemängelt und Mittel und Wege zur Abstellung derselben vorgeschlagen. Besonders wurde Klage darüber geführt, daß an den allgemeinen Freiübungen und den Umzügen sich die anwesenden Vereine garnicht oder nur schwach beteiligten. Zum Schluß weist Bezirksoberturnwart Schinköth auf die nächste Bezirksstunde und Gauehrstunde hin. Er bittet um zahlreiche Beteiligung.

— Reiterstafette. Der Mitteldeutsche Sternritt, der am Sonnabend und Sonntag von sechs Richtungen aus über eine Gesamtstrecke von 1600 Kilometer durchgeführt wurde, war von bestem Wetter begünstigt und erzielte einen nachhaltigen Werbeerfolg, vor allem in Thüringen und Sachsen. In Sachsen nahmen 10 Angehörige des Reichswehr-Reiterregiments 12 an dem Sternritt teil. An beiden Tagen wurde in aller Frühe gestartet, so daß man bei glattem Verlauf damit rechnen konnte, daß die Botschaften, die durchweg propagandistischen Inhalts für den Sport zu Pferde und künstlerisch ausgeführt waren, rechtzeitig nach der Wartburg in die Hände des Vorsitzenden des Bundes ländlicher Reit- und Fahrvereine Thüringens, Generalleutnant a. D. Exz. Eschborn, gelangen würden. Dies ist auch durchweg der Fall gewesen. Auch der Allstedter Reiterverein beteiligte sich an dem Sternritt, sie beförderte eine Botschaft von der Lutherstadt Eisleben zur Wartburg. Der Reiterverein Eisleben übergab die Botschaft dem Spitzenreiter des Allstedter Vereins um 5.15 Uhr früh an der Kirche in Bornstedt. Ueber Holdenstedt-Liedersdorf, weiter über Sotterhausen-Nienstedt-Katharinenrieth-Artern-Schönfeld-Bretleben und Oldisleben führte der Ritt querfeldein nach der Zuckerfabrik Oldisleben, wo die Botschaft um 6.30 Uhr an den Reiterverein Bilzingsleben weitergegeben wurde. Der Allstedter Reiterverein bestritt mit 12 Reitern eine 35 Kilometer lange Strecke in 75 Minuten.

Roßleben. [Von der Kirmes.] Die Festtage sind vorüber, nur noch einige Buden auf dem Platze und leere Portemonnaies erinnern daran, daß wir einige frohe Tage in Roßleben verlebt haben. Am Sonnabend und Sonntag brachte jeder ankommende Zug viel Gäste herein, große Verkehrswagen rollten am Sonntag vollbesetzt an und der gewaltige Menschenstrom schwoll bald so an, daß das Gedränge auf dem Festplatz und in den Gastwirtschaften ein Durchkommen zeitweise kaum zuließ. Bis lange nach Mitternacht waren die Säle und die Gaststuben vollbesetzt. — Der zweite Festtag war zwar unbezug aufs Wetter kein schöner Tag, denn es regnete, und zeitweise garnicht knapp, aber dennoch waren Menschen in Hülle und Fülle zur Stelle, und auch gestern Abend spazierte eine große Anzahl mit dem Regenschirm auf dem Platz herum. Dazu war aber in der „Weintraube" das Kino vollbesetzt, der Handwerkergesangverein hatte einen solch regen Zuspruch, daß der große Saal im „Deutschen Haus" zur Unterbringung aller Sangesund Tanzfreunde kaum ausreichte, und auch das Theater im „Hirsch" hatte eine befriedigende Anzahl Besucher. Also alles in allem: all die Geschäfte, die mit der Kirmes in Verbindung stehen, dürften keine Enttäuschung erfahren haben, ihre Erwartungen sind gewiß übertroffen worden. Nun ist alles vorüber, es bleibt zu wünschen, daß die Verzagtheit weiter Kreise, die in letzter Zeit sich eingenistet hatte, jetzt einer besseren Zuversicht Platz macht, daß Handel und Wandel sich neu belebt und damit auch Arbeitsgelegenheit wieder erschlossen wird.

[Von der Kirchweih] Es ist recht erfreulich, daß in unser Gotteshaus, dessen einstiger Weihe die jetzt so groß aufgezogene Kirmes wohl ihr Dasein verdankt, an beiden Tagen eine große Zahl der Einwohnerschaft und auch auswärtiger Gäste ihre Schritte gelenkt hatten. Während am Sonntagvormittag die Feuerwehrkapelle (jetzige Leitung Herr Lehrer Streubel) durch Begleitung der Gesänge und der Kinderchor mit einem Vortrag die Feierstunde verschönte, brachte der Montagvormittag eine von Herrn Kantor Horbat vorbereitete kirchenmusikalische Feier, an welcher das Lehrerquartett, der Adjuvanten- und Kinderchor mitwirkten. Sämtliche Darbietungen fanden aufmerksame und dankbare Zuhörer.

Hohenmölsen. Um die Stelle des hiesigen Bürgermeisters, die seit dem 1. August frei ist, haben sich bis jetzt 160 Personen beworben.

Merseburg. Wie nach den von der Kriminalpolizei bisher gepflogenen Ermittlungen vorauszusehen war, hat der Wiegemeister Kaufmann aus Braunsdorf am Montag bei seiner nochmaligen Vernehmung der Kriminalpolizei auf Grund des vorhandenen Belastungsmaterials zugegeben, seine Frau in der Nacht vom 16. bis 17. September ermordet zu haben. Über die Tat gibt Kaufmann folgende Schilderung: Als ich nachts gegen drei Uhr von der Schicht kam, erwartete mich meine Frau auf dem Hofe meines Grundstücks, um mit mir gemeinsam Rüben stehlen zu gehen. Ich weigerte mich jedoch, da ich befürchtete, erkannt und zur Anzeige gebracht zu werden. Ich geriet darauf mit meiner Frau in einen Streit, und meine Frau nannte mich einen Verbrecher und Zuchthäusler. Dies erregte mich derart, daß ich nach einem Spaten griff und auf meine Frau einschlug, die blutend zusammenbrach. Sie konnte sich jedoch bald wieder aufrichten und lief in der Richtung nach der Halde davon, wobei sie mir wieder: „Verbrecher, Zuchthäusler, du willst mich nur totschlagen" zurief. Hierdurch nochmals stark erregt, erhob ich wieder den Spaten, lief meiner Frau nach und tötete sie durch mehrere Schläge. Die Leiche habe ich dann nach der Halde gebracht und verscharrt. Darauf ging ich nach Hause und legte mich zu Bett. Gegen sieben Uhr stand ich wieder auf und begab mich an den Tatort, um mich zu vergewissern, daß ich keinerlei Spuren hinterlassen habe. Die Anzeige von dem „Unfall" meiner Frau machte ich, um die Polizei irre zu führen.

Halle. Eine blutige Familientragödie spielte sich am Montag früh in dem Dorf Diemitz vor den Toren der Stadt Halle ab. Gegen sieben Uhr früh krachten in der Wohnung des Eisenbahninvaliden Karl Frohberg mehrere Schüsse.

In seinem Schlafzimmer fand man Frohberg mit einem Brustschuß schwer verletzt und seine Frau tot auf. Über den Grund zur Tat bzw. ob Doppelselbstmord oder Mord und Selbstmordversuch vorliegen, kann noch nichts gesagt werden. Frohberg war zum zweitenmal verheiratet. Seine Frau war wegen Betrügereien mehrfach vorbestraft. Sie sollte sieben Monate zwei Wochen Gefängnis verbüßen und hatte ein Gnadengesuch eingereicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310924-12/fragment/page=0002

Leipzig. Montag früh gegen ½10 Uhr wurde der Gastwirt A. Kueck aus der Südstraße 30, Ecke Kronprinzstraße, mit seiner Frau und seinen beiden Mädchen im Alter von 11 und 13 Jahren gasvergiftet tot aufgefunden. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß Kueck im Einverständnis mit seiner Familie wegen starker Verschuldung gehandelt hat. Der Gastwirt hatte seine Familie im Gesellschaftszimmer der Gastwirtschaft zusammengerufen und dort mit seinen Angehörigen gemeinsam den Tod gesucht.

Leipzig. Am Sonntag mittag gegen 12 Uhr hat der 20jährige arbeitslose Tischler Fritz Thimm der 19jährigen Arbeiterin Erna Trojahn in deren Wohnung in der Seeburgstraße mit einem Terzerol einen Schuß in die rechte Schläfe und sich selbst einen Kopfschuß beigebracht. Beide wurden schwer verletzt ins Krankenhaus St. Jakob eingeliefert, wo die Trojahn einige Stunden später gestorben ist. Wie bisher festgestellt werden konnte, dürfte es sich um eine Eifersuchtstat handeln. Thimm, der mit Erna Trojahn verlobt war, bewohnte ein Zimmer in der Trojahnschen Wohnung. Seine Braut wollte jedoch das Verhältnis mit ihm lösen.

Nordhausen. Nachdem die Todesursache der im Badezimmer tot aufgefundenen Mädchen der Witwe Peters einwandfrei als Gasvergiftung festgestellt worden ist, sieht die Staatsanwaltschaft damit den Verdacht fremden Verschuldens als entfallen an. Ein Verlöschen der Gasflamme durch Wasserspritzer hat das Unglück herbeigeführt.

Halberstadt. Der zweite Täter in der Mordsache Heteborn, Karl Fleischmann, hat nach längerem Leugnen ebenfalls seine Beteiligung eingestanden. Das Geständnis erfolgte, nachdem Fleischmann seinem Komplizen Zemper gegenübergestellt worden war. Es war inzwischen auch festgestellt worden, daß die von Fleischmann bei seiner Verhaftung in Halberstadt getragenen Damenschuhe Eigentum der ermordeten Frau Klump waren. Auch die Narbe der Bißwunde, die der Mörder bei der Tötung der Opfer erhalten haben sollte, konnte bei Fleischmann nachgewiesen werden. Von welchem der beiden 21jährigen Mörder der Plan der Mordtat stammt, konnte noch nicht festgestellt werden, da hierüber sowie über die Beteiligung im einzelnen die Geständnisse von einander abweichen.

Grimma. Auf dem Münchteich bei dem benachbarten Grethen waren drei Gutsarbeiter des Roten Vorwerks in einem Kahn unbefugterweise auf Entenjagd gegangen. Sie hatten zwei Teschings bei sich. Aus noch unaufgeklärter Ursache löste sich ein Schuß und traf einen der Arbeiter in den Hals. Infolge der Verwirrung, die der Schuß auslöste, kippte der Kahn um, und alle drei stürzten ins Wasser. Während sich zwei Arbeiter retten konnten, ist der dritte, der 27 Jahre alte Andreas Tokaski, ertrunken.

Wernshausen. Ein schweizer Motorradfahrer fuhr mit seiner Frau als Sozius auf der Straße in der Nähe der Totenwart, als plötzlich ein Reifen platzte. Das Rad überschlug sich, und beide stürzten. Die Frau wurde erheblich im Gesicht und am Kopf verletzt.

Ilmenau. In den Vormittagsstunden des Montag fiel im Gelände der Waldbesitzung „Schöffenhaus" oberhalb Ilmenaus bei einer Temperatur von 0 Grad der erste Schnee. Der Winter hält somit in diesem Jahre recht früh seinen Einzug in unsere Thüringer Berge.

Schweres Bootsunglück bei Juist.

15 Tote.

Norderney, 23. September.

Auf der Rückfahrt ist das Motorboot „Annemarie", das mit 19 Personen an Bord einen Ausflug nach der Insel Juist unternommen hatte, durch stürmisches Wetter in Seenot geraten und gesunken.

Die ersten Nachrichten stammen von einem Teilnehmer der Fahrt, der den Versuch unternommen hat, die Vogelinsel Memmert schwimmend zu erreichen, wo er völlig erschöpft ankam. Ueber das Schicksal der übrigen Fahrtteilnehmer konnte er keine genauen Angaben machen.

Das Norderneyer sowie das Borkumer Rettungsboot sind sofort zur Hilfeleistung ausgelaufen. Das Motorboot „Ilse" konnte drei weitere Insassen, die sich an den Mast geklammert hatten, aus ihrer gefährlichen Lage befreien.

Die „Annemarie" gehört dem Badedirektor Specht aus Borkum und befand sich mit Bewohnern Borkums auf der Rückfahrt von einem Turnfest auf Juist. In dem wegen seiner Gefahren berüchtigten Haaksgater Fahrwasser schlug das Boot voll und sackte ab. Das Unglück wurde zuerst von dem Motorboot „Ilse" aus bemerkt.

Fünf Insassen des verunglückten Bootes hingen noch am Mast. Beim Näherkommen der „Ilse" wurden zwei von ihnen jedoch durch die brechende See ins Meer gerissen und ertranken. Nur drei konnten gerettet werden.

Zusammenstoß zwischen Auto und Zug

Vier Todesopfer.

Magdeburg, 22 September.

Auf einem unbewachten Uebergang zwischen den Bahnhöfen der Nebenbahnstrecke Zeppernick—Loburg ist ein mit sieben weiblichen Personen besetzter Kraftwagen mit einem Personenzug zusammengestoßen. Von den Insassen des Wagens wurden zwei Frauen und zwei Kinder getötet, zwei Frauen schwer und eine Frau leicht verletzt. Nach Aussagen unbeteiligter Zeugen liegt ein Verschulden der Führerin des Kraftwagens vor.

Auffindung der deutschen Ozeanflieger.

Neuyork, 22. September.

Wie die Associated Preß aus Toronto (Kanada) erfährt, hat das norwegische Motorschiff „Belnoir" die drei vermißten Ozeanflieger Rody, Johannsen und Beiga aufgenommen. Das Schiff, das sich von Albany im Staate Neuyork nach Rußland begibt, sichtete die Trümmer des Flugzeuges in der Gegend, wo das Flugzeug zuletzt gesichtet worden war.

Bereits am Montagnachmittag ging in Bad Ems, dem Wohnort des Fliegers Rody, das Gerücht um, daß die beiden deutschen Ozeanflieger Rody und Johannsen gerettet worden seien. Es soll ein Telegramm von Bord des Flugzeugmutterschiffes „Belnoir" eingegangen sein, wonach die beiden Flieger sowie der Portugiese Beiga, nachdem sie 158 Stunden schwimmend auf dem Wasser zugebracht hätten, von der „Belnoir" aufgefischt worden seien.

Typhus in Gent.

Gent, 23. September. In der Vorstadt von Gent herrscht eine Typhusepidemie. Mehrere Personen sind gestorben. Man hat umfassende Hilfsmaßnahmen ergriffen.

Dr. Robert Bosch.

1861 — 23. September — 1931.

Als Robert Bosch im Jahre 1886 in Stuttgart eine „Elektrotechnisch-feinmechanische Werkstätte" einrichtete, da war Bosch noch klein und unbekannt. Damals war aber auch der Maschinenbauer Gottlieb Daimler noch ein kleiner Mann, aber dieser unbekannte Daimler schlug dem unbekannten Bosch vor, doch Zündapparate für Benzinmotore zu bauen. Das war ein Tip, der sich hunderttausendfach bezahlt machte, denn die heutige industrielle Machtstellung der Robert Bosch A. G. beruht in der Hauptsache auf dem Riesengeschäft mit den „Boschzündern".

Ob es wohl der Vater Robert Boschs geahnt hatte, daß hier ein zukunftsreicher Weg offenstand, als der Landwirt seinem Sohne riet, Feinmechaniker zu werden? Der Aufstieg Boschs hing von dem glücklichen Aufschwung der Automobilindustrie ab, aber auch das Glück einer Konjunktur kann nur der Tüchtige restlos ausbauen und auswerten. Diese geschäftliche Tüchtigkeit besitzt Dr. Robert Bosch in reichem Maße. Wenn er jetzt am 23. September auf ein 70jähriges Leben zurückblickt, so kann er es im Bewußtsein edelster Pflichterfüllung tun, denn er übte auch in weitem Maße die Pflicht der Menschlichkeit, wie es seine weitgehende soziale Hilfstätigkeit beweist. Er gehört zu den Großkapitalisten, die sich dessen bewußt sind, daß Geld auch verpflichtet!

Berlin, 23. September.

Der Herr Reichspräsident hat dem Industriellen Dr. Ing. h. c. Robert Bosch in Stuttgart anläßlich seines heutigen 70. Geburtstages den Adlerschild des Reiches, der die Inschrift trägt: „Dr. Bosch, dem Manne restloser Arbeit und tätigen Erfindungsgeistes" verliehen, und diese Auszeichnung mit einem Schreiben begleitet.

Neue Verfehlungen bei der Schneidemühler Kriminalpolizei. Auf schwere Verfehlungen des Kriminalkommissars Waltz, des Leiters der Spionageabwehrstelle, ist man im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen die Kriminalräte Philippi und Rossumek, die beschuldigt werden, Gelder aus dem staatlichen Fonds zur Verbrechensbekämpfung für sich verwendet und Urkunden beseitigt zu haben, gestoßen. Den Verfehlungen des Beamten ist man ganz zufällig auf die Spur gekommen. Im Verfahren gegen die beiden Kriminalräte Philippi und Rossumek sollte auch Kriminalkommissar Waltz als Zeuge verhört werden. Dabei erlitt er einen Nervenzusammenbruch. Die Staatsanwaltschaft, dadurch stutzig geworden, ließ daraufhin eine Haussuchung bei Waltz vornehmen und fand eine große Anzahl Originalakten und Abschriften von Dokumenten. Gegen Waltz wurde daraufhin Haftbefehl erlassen, jedoch ist er nach einem Gutachten zweier Amtsärzte zurzeit haftunfähig. Es muß noch festgestellt werden, ob Waltz die Spionageakten etwa einem Agenten des polnischen Geheimdienstes übergeben wollte, oder ob er die Akten nur beiseiteschaffte, um sie nicht zu bearbeiten zu brauchen.

Wegen Vergehens gegen das Opiumgesetz verurteilt. In Nürnberg wurden die Reisephotographen Kolb und März, ferner in Stockheim der Kaufmann Och und in Gera der praktische Arzt Dr. Sichert wegen Vergehens gegen das Opiumgesetz verhaftet. Dieser hatte Kolb und März durch Vermittlung Ochs Kokain, das teilweise mit Borsäure gemischt war, zum Verkauf ins Ausland überlassen. Kolb hat ferner von einem Gastwirt, dem er Oberfarbe für Salvarsan verkaufte, 3400 Mark erschwindelt.

Dynamitanschlag. Im ersten Stock des Gebäudes der Bundesforstverwaltung in Goisern (Oesterreich) wurde durch ein offenstehendes Fenster eine Dynamitpatrone geworfen. An der Patrone befand sich eine Zündschnur, die der Täter in Brand gesetzt hatte. Der Sprengkörper fiel in ein Zimmer des Leiters der Forstverwaltung, Oberforstrats Renner, explodierte aber nicht, da die Ladung zu feucht war.

Bergwerksunglück in Südslawien. Im Erzbergwerksgebiet auf dem Amselfelde ereignete sich ein schweres Grubenunglück. Ein unterirdischer Stollen stürzte ein und verschüttete einen anderen Stollen, in dem sich mehrere Arbeiter befanden. Vier Arbeiter blieben unter den Erdmassen begraben. Die Bergung der Opfer dürfte mindestens drei Wochen beanspruchen.

Viaduktwächter von Bia Torbagy überfahren. Von einem Eisenbahnzug wurde der Wächter des Viadukts bei Bia Torbagy, der Unglücksstelle des Attentats, auf dem Viadukt überfahren und getötet.

Die Eisenbahnkatastrophe in der Nähe von Ploesti. Außer den fünf Toten sind noch sechs Schwerverletzte zu verzeichnen, ebenfalls Eisenbahnbeamte.

Dänischer Dampfer in Holtenau festgelegt. Nach der Kanaldurchfahrt im Holtenauer Binnenhafen wurde der rd. 1000 Tonnen große dänische Dampfer „Viebeke Maerst" durch die Zollfahndungsstelle Kiel festgelegt, weil er eine Ladung Schrott für Gdingen an Bord hatte und Schrottausfuhr ohne Genehmigung verboten ist.

Ueberführung der Leichen der verunglückten französischen Flieger. Die Leichen der verunglückten französischen Flieger von dem Flugzeug „Bindestrich" sind in Moskau eingetroffen. Auf dem Bahnhof wurden sie von den Vertretern der Regierung, der französischen Botschaft und der Sowjaviachim in Empfang genommen und dann in der Botschaft aufgebahrt. Von hier werden die Leichen nach Paris überführt.

Erdbeben auf Neuseeland. Ein Erdbeben, dessen Zentrum sich anscheinend in der Hawkes Bay befand, ereignete sich auf der Nord- und auf der Südinsel von Auckland bis Christchurch. Viele Einwohner wurden aus dem Schlafe geweckt. In Napier war das Beben so stark, daß Gegenstände von Wandbrettern herunterfielen. (Die Hawkes Bay wurde bereits am 3. Februar dieses Jahres von einem schweren Erdbeben heimgesucht, dem viele Menschenleben zum Opfer fielen, und das großen Schaden anrichtete.)

○ **Das kleinste Postamt der Welt.** Das kleinste Postamt befindet sich nicht etwa in einer winzigen Siedlung auf dem Lande sondern auf hoher See. In der Magalhaesstraße, zwischen dem südamerikanischen Festland und Feuerland, ist an einem Felsen ein bemalter Kasten angekettet, der in den Wogen schwimmt. Vorüberfahrende Schiffe senden ein Boot aus, um hier Briefe niederzulegen, in dem Kasten befindliche Briefe mitzunehmen und weiterzubefördern.

Handwerk in bitterer Not!

Tagung des erweiterten Gesamtvorstandes des Handwerkerbundes.

Der **Gesamtvorstand** des **Mitteldeutschen Handwerkerbundes** trat mit den **Vorständen** der **Landesverbände** des Bundes am 21. September zu einer aus allen Teilen des Bundesgebietes stark besuchten Tagung in Naumburg zusammen. Die Verhandlungen, in deren Mittelpunkt die mit der Wirtschaftskatastrophe zusammenhängenden Fragen standen, zeigten mit erschütternder Deutlichkeit den ganz **furchtbaren und bitteren Ernst der Lage in Handwerk und Gewerbe.** Berechtigte Empörung und Erbitterung kamen über die völlig unzulänglichen Maßnahmen der verantwortlichen Stellen gegenüber den elementaren Existenznotwendigkeiten des gewerblichen Mittelstandes zum Ausdruck und fanden ihren Niederschlag in folgender

Entschließung:

„Bitterste Not, dumpfe Verzweiflung und wachsende Verbitterung haben in weitesten Kreisen des Handwerks und Gewerbes ihren Einzug gehalten. Die Katastrophe, die unser Volk und unsere Wirtschaft aufwühlt und in ihren Grundfesten auf das stärkste erschüttert, hat die selbständigen Handwerker und Kleingewerbetreibenden endgültig an den Rand der Existenzvernichtung getrieben. Verzweifelt und mit tiefster Besorgnis um das nahe Schicksal ihrer Betriebe, Angehörigen und Mitarbeiter und um ihre in Jahrzehnte langer, mühevoller Arbeit aufgebaute Existenz erfüllt, stehen die Männer, die Lebenszweck und -aufgabe in ernster, verantwortungsbewußter Arbeit sehen, vor dem wirtschaftlichen und seelischen Zusammenbruch. Ihr Ende würde das Ende des unermüdlichen, freien Schaffens in selbstauferlegter Bindung an das Gemeininteresse bedeuten, würde die letzten Reste nationalwirtschaftlicher Kraftreserven vernichten, auf die der Wiederaufbau der Wirtschaft gestützt werden könnte.

Nicht nur um ihrer selbst, sondern um die Erhaltung deutscher Wirtschaft und deutschen Volkstums willen fordert das Handwerk mit aller Schärfe schnellste und endliche Erfüllung der Forderungen, die die Spitzenorganisationen des Handwerks seit Jahren erhoben und in gerechter Beurteilung ihrer Bedeutung für Volk und Wirtschaft gestellt haben. Befreiung von übermäßigen Steuern und Abgaben, Beseitigung der erwürenden Steuerverzugszuschläge, wirtschaftlich begründetes Entgegenkommen bei der Steuereinziehung, Lockerung der Kartellpreise und des Lohnzwanges, Beseitigung der Hauszinssteuer, Befreiung des Wohnungs- und Baumarktes von den überholten Fesseln der Zwangswirtschaft, Aufhebung der Regiebetriebe, gesetzliche Bekämpfung der Schwarzarbeit sind Forderungen, denen trotz anerkannter Berechtigung unter völliger Vernachlässigung des gewerblichen Mittelstandes die Erfüllung bisher versagt blieb.

Die schlimmsten Gefahren für wirtschaftliche Voraussicht sind Unklarheit und Unsicherheit. Jahre hindurch ist experimentiert und gewurstelt worden, kostbare Zeit wurde auf unnütze Theorienspielerei und rücksichtslosen Parteiegoismus verschwendet. **Wir fordern die Tat!** Heraus mit einem Wirtschaftsprogramm, das unter Abkehr von einseitiger Begünstigung des Sozialismus und der Großwirtschaft dem Volk die Möglichkeit zur Arbeit wiedergibt und die Bedeutung von Handwerk und Kleingewerbe nicht mit Phrasen, sondern durch bewußte Förderung und Beachtung würdigt.

Die Entwicklung hat unseren Warnungen leider nur zu sehr Recht gegeben. Wir sind bereit, alles für den allmählichen Wiederaufstieg einzusetzen, wenn uns der Arbeitsraum wiedergegeben wird, den eine unvernünftige Wirtschaftspolitik uns entrungen und beschränkt hat. Es ist spät, sehr spät, bald wird es zu spät sein.

Der erweiterte Gesamtvorstand des Mitteldeutschen Handwerkerbundes, dem Vertreter aller Handwerkszweige angehören, sieht sich erneut veranlaßt, in aller Deutlichkeit auf die Gefahren hinzuweisen, die ein neues Versagen unserer Wirtschafts- und Staatsführung heraufbeschwören würde und muß die Verantwortung für den offenen Ausbruch der Verzweiflung in Kreisen des Handwerks und Kleingewerbes schon jetzt ablehnen. Er vertraut auf die zähe Kraft und Lebensenergie des von ihm vertretenen Berufsstandes, muß aber ungeschminkt und in aller Öffentlichkeit bekennen, daß die Grenzen der Lebensfähigkeit der Handwerksbetriebe nicht nur erreicht, sondern schon längst überschritten sind."

Im Sinne dieser Entschließung wurden dringende Telegramme an die Spitzenorganisation und an die Reichsregierung abgesandt. Die vielstündige Arbeitstagung fand mit einem Appell an das Handwerk, gerade in der Notzeit geschlossen und fest zusammen zu stehen, und mit einem einmütigen Bekenntnis der Treue zur Organisation des Mitteldeutschen Handwerkerbundes ihren Abschluß.

Geschäftliches.

Für Gartenfreunde Die beste Pflanzzeit für die immergrünen Bäume: Tannen, Lebensbäume, Cypressen, Taxus, Ilese, Buxus u. dgl. ist jetzt. Man verpflanzt die Koniferen bekanntlich mit Erdballen und früher wie die Laubbäume, damit die immergrünen Bäume noch vor Winters Anfang genügend neue Wurzeln entwickeln können. Das jetzige Verpflanzen bekommt diesen Bäumen viel besser als im Frühjahr, wo oft im Mai schon große Hitze kommt. Die schon mehr kühlen und feuchten Nächte in der jetzigen Jahreszeit sind für das Anwachsen besonders förderlich. Man kann sogar große Bäume ohne Bedenken jetzt verpflanzen, vorausgesetzt, daß dieselben vorher schon öfter verpflanzt sind und dadurch die Erdballen halten. Die immergrünen Laub- und Nadelgehölze beleben unsere Gärten, Anlagen und Friedhöfe in den langen kahlen Wintermonaten besonders schön und sind ein herrlicher, immerbleibender Schmuck. Auch nisten unsere Singvögel mir Vorliebe darin.

Krehahn, Naumburg
Gärtnereien — Baumschulen

Turnen, Spiel und Sport

Turnverein Nebra 1883 (D.T.)

Am kommenden Sonntag findet in Nebra eine vom Turnbezirk Artern im Kyffhäuser-Gau der Deutschen Turnerschaft veranstaltete Bezirkslehrstunde für die unterhalb des Turnbezirks gelegenen Turnvereine Nebra, Carsdorf, Wiehe, Roßleben, Lossa u. a. statt. Die Lehrstunde beginnt pünktlich 9.30 Uhr vormittags im Turnlokal „Ratskeller".

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit einer derartigen Veranstaltung ist es Pflicht eines jeden Turners, sich daran zu beteiligen. Die Lehrstunde soll allen Anfängern und Fortgeschrittenen in der Turnerei Gelegenheit geben, sich auch außerhalb der gewöhnlichen Turnstunden mit Turnbrüdern aus anderen Vereinen in Fühlung zu bringen.

Alle weiteren Einzelheiten werden in der Freitagsturnstunde bekanntgegeben.

Am vergangenen Sonntag fand in Artern die 3. Bezirksvorturnerstunde statt, die von unserem Vereine mit 2 Turnern beschickt wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310924-12/fragment/page=0003

Auch die Reichspost klagt.

Berlin, 23. September.

Durch das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost konnten bis Ende März 1931 rund 22 200 Arbeitskräfte neu eingestellt und rund 41 600 Arbeitskräfte weiterbeschäftigt werden.

Während der Gesamtverkehr der Deutschen Reichspost in den Monaten April und Mai gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres noch kleine Steigerungen aufwies, blieben in den folgenden Monaten die Verkehrszahlen aller Betriebszweige mit Ausnahme des Kraftpost-, Luftpost- und Postscheckverkehrs mehr und mehr zurück, so daß sich im Jahresergebnis durchweg ein zum Teil nicht unerheblicher Verkehrsabfall zeigt. Der Rückgang ist besonders stark im Briefverkehr (— 15,7 v. H.), im Paketverkehr (— 6,2 v. H.) sowie bei den Telegrammen (— 15,5 v. H.).

Die Verkehrseinrichtungen sind im Berichtsjahr ausgebaut, insbesondere die Verkehrsanstalten um rund 3000, die öffentlichen Sprechstellen um rund 7600 vermehrt worden. Die Umgestaltung der Postversorgung des platten Landes unter Benutzung von Kraftwagen und die Einrichtung von Poststellen in den von den Kraftwagen berührten Landorten ist in größerem Umfang fortgesetzt worden. Von 674 Postämtern (Leitpostämtern) gingen Ende März 1931 1017 Landkraftposten aus, die 2300 Postagenturen und 13 800 Poststellen erfassen und rund 6,3 Millionen Landbewohner versorgen. Das Luftpostnetz, das im Sommer 1930 110 Linien umfaßte, mußte im Winter 1930-31 auf 26 Linien beschränkt werden, zu denen jedoch bereits im März und April 16 Linien hinzutraten.

Im Postscheckverkehr sind bei 992 356 Konten Ende Dezember 1930 im Kalenderjahr 1930 752,8 Millionen Buchungen über 141,4 Milliarden Mark ausgeführt worden, wovon 82,4 v. H. bargeldlos abgewickelt wurden. Der Fernsprechverkehr ist durch Einrichtung neuer Selbstanschlußämter und Schnellämter gefördert worden.

Ende März 1931 waren 1765 von 6948 Vermittlungsstellen auf den selbsttätigen Betrieb umgestellt; an diese Aemter sind 1,1 Millionen oder 56,9 v. H. aller Hauptanschlüsse herangeführt. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland stieg um 15,2 v. H. auf 3 731 681 Ende März 1931 (darunter 134 1331 Blinde, Schwerkriegsbeschädigte, Arbeitslose usw., denen die Gebühren erlassen worden sind.)

Im Rechnungsjahre 1930 sind an Betriebseinnahmen 2 208,2 Millionen Mark aufgekommen. Das Mehr gegenüber den Betriebsausgaben beträgt 154,4 Millionen Mark, wovon 115 Millionen Mark an das Reich abgeführt und 39,4 Millionen als Zuweisung zum Vermögen verrechnet worden sind. In der Bilanz beträgt der Zugang der Aktiven im ganzen 90,4 Millionen Mark. Auf der Passivseite sind die Anleihen um 309 Millionen Mark auf 459 Millionen Mark gestiegen. Im ganzen weisen die Passiven einen Zugang von 50,9 Millionen Mark auf.

Der Arbeitsmarkt im Reich.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. September 1931 hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Reich in der ersten Hälfte des September ungefähr in der gleichen Weise weiter entwickelt, wie in der vorhergehenden Berichtszeit. Während in der Zeit zwischen 15. und 31. August die Zahl der Arbeitslosen nach den endgültigen Meldungen der Arbeitsämter um rund 111 000 zugenommen hatte, stieg sie bis zum letzten Stichtag, dem 15. September, um rund 109 000 und erreichte damit einen Stand von rund 4 324 000. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist nach den vorläufigen Zählungen der Arbeitsämter in der Arbeitslosenversicherung auf rund 1 324 000, in der Krisenfürsorge auf rund 1 122 000 gestiegen.

Die „Akron" fliegt.

Das amerikanische Luftschiff „Akron" ist jetzt zu seiner Jungfernfahrt aufgestiegen. Die „Akron" ist das größte je gebaute starre Luftschiff der Welt. Unser Bild zeigt die „fliegende Küche", die ganz aus Leichtmetall konstruiert ist. Die große Kochmaschine wiegt nur 100 Pfund. Der Schiffskoch Bucher kocht hier für die 80 Mann starke Besatzung.

Neues aus aller Welt.

Zusammenstoß zwischen Auto und Lokomotive. In der Nähe von Brandenburg ereignete sich an einem ungeschützten Bahnübergang in der Kolonie Görden ein Autounfall. Der Führer eines geschlossenen Personenkraftwagens hatte das Herannahen eines Zuges der Brandenburgischen Städtebahn nicht bemerkt und stieß mit voller Wucht gegen die Lokomotive. Das Auto wurde herumgeschleudert und stark beschädigt; auch die Lokomotive mußte ausgewechselt werden. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Raffinierter Schwindler. Der stellungslose Musiker Standke suchte durch Anzeigen in der „Musiker-Zeitung" in Drossen (Neumark) Musiker für Rumänien, Bulgarien usw. Er versprach eine hohe Gage, Uebernachtung und Kleidung, so daß sich sehr viele Personen meldeten. Dann verlangte er 25 Mark zur Beschaffung des Visums. Tatsächlich gingen auch Hunderte von Mark ein. Diese vielen Geldsendungen fielen dem Postamt auf, und es machte die Kriminalpolizei aufmerksam, die den Schwindler nun verhaftete.

Die Schloßorgel wiederhergestellt. Die erste Vorführung der Arp-Schnitger-Orgel, die durch den Lübecker Orgelbaumeister Kemper wiederhergestellt worden war, fand in der Cosander Kapelle des Charlottenburger Schlosses statt. Das Instrument, das im Jahre 1706 von Arp-Schnitger, einem der größten Orgelbauer aller Zeiten geschaffen wurde, ist seit der Trauung Kaiser Friedrichs im Jahre 1858 nicht mehr benutzt worden. Nach einleitenden Worten von Dr. Bodo Ebhardt, brachte der Organist Wolfgang Auler einige Kompositionen von Johann Sebastian Bach, Buxtehude, Böhm u. a. zum Vortrag, die in ihrer wundervollen, schlichten Klarheit bewiesen, daß die Orgel den Ehrennamen einer „Königin der Instrumente" mit Recht verdient.

Die Geliebte ihres Mannes erschlagen. In der letzten Zeit kam es zwischen den Eheleuten Hepkenkamp in Hameln zu schweren Auseinandersetzungen, da der Mann mit seiner Verkäuferin, einer gewissen Hilges, ein Liebesverhältnis unterhielt. Als Hepkenkamp betrunken nach Hause kam und Drohungen gegen seine Frau ausstieß, rief diese die Polizei zu Hilfe. Bei ihrem Eintreffen in der Wohnung fanden die Beamten Blutspuren und stellten gleichzeitig das Verschwinden der Verkäuferin fest. Da das gespannte Verhältnis der Frau zu der Geliebten ihres Mannes bekannt war, richtete sich sofort der Verdacht gegen sie, die Hilges ermordet zu haben. Nach längerem Leugnen gestand die Frau, die Hilges mit einer Kohlenschaufel erschlagen zu haben. Sie hat dann ihr Opfer auf einen Schubkarren geladen und ist damit an die Weser gefahren, wo sie die Ermordete in der Nähe eines Zimmerplatzes ins Wasser warf. Die Leiche wurde bereits durch Fischer geborgen. Die Mörderin ist dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt worden.

Schießende Einbrecher im Pfarrhaus. Drei Räuber überfielen in der Gemeinde Herkenrath bei Bensberg das Pfarrhaus und versuchten, in die Wohnung des Pfarrers Mostert einzudringen. Sie schlugen die Haushälterin, die Schwester des Pfarrers, nieder und verletzten den Pfarrer durch drei Schüsse am Oberarm. Der Bruder des Pfarrers alarmierte die Nachbarschaft, worauf die Räuber die Flucht ergriffen. Man konnte sie noch nicht fassen. Die Kölner Kriminalpolizei hat in Verbindung mit der Polizei von Herkenrath die Ermittlungen nach den Tätern aufgenommen. Am Tatort wurde eine Pistole sowie eine Hornbrille gefunden, die einer der Täter getragen hatte. Die Pistole war noch mit sieben Schuß geladen. — Der Pfarrer liegt schwerverletzt im Krankenhaus in Bergisch-Gladbach. Lebensgefahr besteht nicht.

Falschmünzer festgenommen. Eine Anzahl von falschen 50-Pfennigstücken wurde in Nürnberg in den Verkehr gebracht. Als Hersteller konnten die Nürnberger Kaufleute Karl Graefe und Eugen Riedl festgestellt und in Haft genommen werden. Nach ihren Angaben haben sie 600 Falschstücke hergestellt und in Nürnberg und Schwabach in Umlauf gebracht. Das Herstellungsmaterial wurde beschlagnahmt.

Der erste Alpentunnel.

Vor 60 Jahren, am 17. September 1871, wurde der Mont-Cenis-Tunnel, der **erste** Alpentunnel, feierlich eröffnet.

Bequem in die Polster des Abteils gelehnt durchrast der Globetrotter von heute die großen Alpentunnels und setzt die Zeitungslektüre statt im Tageslicht beim elektrischen Licht der D-Zug-Lampen fort. So brausen Tag für Tag und Nacht für Nacht Menschen und Güter durch den Gotthardt, Simplon, Mont Cenis und andere, und längst haben wir es vergessen, daß der Bau des ersten Alpentunnels ein technisches Wagnis allerersten Ranges gewesen ist.

Als im Jahre 1841 Joseph Médail aus Bardonneche einen Vorschlag zur Durchbrechung des Berges Fréjus (Mont Cenis) machte, da sollten noch viele Jahre vergehen, ehe aus den Projekten Ernst wurde. Erst als der berühmte italienische Staatsmann Cavour sich der Angelegenheit energischer annimmt, kommt neue Bewegung in die Durchführung der großen Pläne. Am 15. August 1857 kommt ein Gesetz über den Durchstich des Fréjus zustande, und bereits am 31. August 1857 wird auf der Seite von Mondane in Gegenwart des Königs Viktor Emanuel II. und des Prinzen Napoleon die Arbeit durch Legung der ersten Mine eröffnet, aber erst am 25. Dezember 1870 durchdrang die Sonde das letzte Felsstück. Der Durchstich war beendet, und nach beendigtem Ausbau wurde der erste Alpentunnel am 17. September 1871 festlich eingeweiht. Die absolute Länge des Tunnels beträgt 12 233 Meter, die südliche Tunneläöffnung liegt 1291 Meter hoch und die nördliche 1158 Meter. Der Tunnel hat Raum für zwei Gleise, ist etwa 8 Meter breit und 6 Meter hoch.

Das erreichte Resultat war ein wissenschaftlicher Triumph, denn viele hatten an einen Erfolg nicht geglaubt. Man fürchtete, auf so hartes Gestein zu stoßen, daß jeder Zermalmungsversuch scheitern müsse, andere meinten, daß große Wassermassen die Ausgrabungen überschwemmen und so die Arbeit unmöglich machen würden. Schließlich hielt man die Hitze im Innern des Berges für unerträglich und war davon überzeugt, daß gesunde, zur Atmung geeignete Luft vollkommen fehlen werde, eine Ansicht, die selbst der Gelehrte Humboldt teilte. Der Wagemut der Erbauer Grandis, Sommereiller und Grattonis widerlegte durch die praktische Ausführung alle diese Bedenken, und nach der Vollendung des Mont-Cenis-Tunnels gab es keine Hindernisse mehr für die weiteren Alpentunnelprojekte, von denen zunächst der St. Gotthardttunnel, bisher als Utopie angesehen, in Angriff genommen wurde.

Von der Begeisterung, mit der damals das vollendete Werk begrüßt wurde, sind viele Dokumente vorhanden. Wie heute, so knüpfte man auch damals an jede friedliche Großtat politische Hoffnungen, und der italienische Sänger sang im „Tempo" von Venedig am 18. September 1871:

„Sollen als trennende Schranken der Völker
die Berge sich türmen,
Wenn sie durch Wetter und Wind, durch strudelnde
Meere sich suchen?
Lange genug voll Neid stand zwischen zwei schönen
Geländen
Dieses Alpengebirg — nun ist die Scheide gefallen!
Falle mit ihr denn der Haß und der Zwist gleichstämmiger Völker,
Schlinge die Liebe fortan ihr goldenes Band
um die Länder,
Denen mit freundlichem Blick Natur und Gesittung
gelächelt.
Nicht vergebens die Hand in Zukunft mögen
sich reichen
Durch die Alpen hindurch die beiden lateinischen
Schwestern!"

Bekanntmachung.

Die Verpachtung der an der Unstrutschleuse und Unstrutbrücke in Nebra liegenden Vorländer der Unstrut-Regulierungs-Sozietät soll

am Freitag, den 25. September, vormittags 10½ Uhr

im Gasthofe „Zur Burg" (Oswald Möder) in Nebra unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen stattfinden.

Artern, den 22. September 1931.

Die Kasse der Unstrut-Regulierungs-Sozietät. Dienemann.

Kleinwangen ● Erntedankfest ● Kleinwangen

Am Sonntag, den 27. und Montag, den 28. Sept.
von nachmittags 3 Uhr ab

Tanzvergnügen.

Gute Bewirtung ● Aufmerksame Bedienung

Es ladet freundlichst ein **Gastwirt Neumann.**

Jede Hausfrau

ist bei der jetzigen Geldknappheit darauf bedacht

gute Waren billig zu kaufen.

Wir bringen Drei Margarine-Sorten

die aus nur besten Rohstoffen hergestellt, rein und lieblich im Geschmack sind und dabei den Vorteil haben, **wirklich billig** zu sein.

Bitte überzeugen Sie sich!

„K"-Margarine Pfd.□ 38 Pfg.
„L"-Margarine Pfd.□ 48 Pfg.
„M"-Margarine Pfd.□ 58 Pfg.

Jeden Vormittag frische Ware!

Walter Schlicht

Thams & Garfs

Niederlagen

Tannen-, Taxus-, Buxus-, Lebens-Bäume, Cypressen u. a. empfiehlt billig

Krehahn, Naumburg,
Weißenfelser Straße — Am Friedhof.

Für später empfehle:

Obstbäume u. dergl.

aus Höhenlage und aus steinigem Boden.

Der oberschlesische

Wanderer

Verlag: Gleiwitz / Gegründet 1828

Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Oberschlesiens Erfolgreichstes Anzeigenblatt

● Inserieren bringt Gewinn ●

Statt Karten

Nachdem wir unsere liebe Entschlafene zur ewigen Ruhe geleitet haben, ist es uns ein Herzensbedürfnis allen denen unseren tiefstgefühlten und herzlichsten Dank auszusprechen, die ihr während der schweren Krankheit hilfreich und tröstend zur Seite standen. Ebenso Dank für die überaus zahlreichen Ehrungen durch Wort, Schrift und herrlichen Blumenschmuck und allen, die ihr die letzte Ehre erwiesen.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Otto Tittmann.

Nebra a/U., 19. Sept. 1931

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310924-12/fragment/page=0004

S 1 Chemo Technik Augustastr. 14 A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 114 Donnerstag, den 24. September 1931 44. Jahrgang

Goldwährung außer Kraft gesetzt.

Meinungen in Londoner Regierungskreisen.

London, 22. September.

„In einer Atmosphäre vollkommener Ruhe" hat sich die Verkündung der vorübergehenden Außerkraftsetzung der Goldwährung abgespielt. Gegen 10 Uhr abends haben die Kabinettsmitglieder Downingstreet verlassen, und zwar „erhobenen Hauptes".

In maßgebenden Kreisen der Regierung weist man darauf hin, daß es sich bei der Aufhebung des Goldstandards nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt, und betont, daß es ein Unterschied sei, ob ein Land mit ausgeglichenem Haushalt oder ein Land mit Fehlbeträgen im Budget seine Goldwährung außer Kraft setzt.

Die Gründe für die Notmaßnahmen der englischen Regierung liegen nach Ansicht unterrichteter Kreise darin, daß einmal in der ganzen Welt gegenwärtig große Unruhe herrscht und daß insbesondere die Lage in England durch den Mangel an Vertrauen seitens der Länder verschlechtert wurde, die in London Kapital angelegt hatten. In zweiter Linie kommen auch die sensationellen Nachrichten in Betracht, die über den englischen Flottenzwischenfall verbreitet wurden. Man ist überzeugt, daß die Einsicht und der Patriotismus des englischen Volkes jegliche Panik verhindern werden. Jedenfalls würde die Regierung sofort energische Schritte unternehmen, um allen den nationalen Interessen zuwiderlaufenden Handlungen entgegenzutreten.

Die Ausfuhr von Vermögen britischer Staatsangehöriger wird in Zusammenarbeit mit den Banken einer Kontrolle unterliegen, und auch der Handel mit fremden Werten wird behördlicherseits Einschränkungen unterworfen werden.

Londoner Pressecho.

Wenn auch die Morgenblätter nicht den Versuch machen, den Ernst der vom Kabinett gefaßten Beschlüsse oder vielmehr den Ernst der Lage, die zu diesen Beschlüssen Anlaß gegeben hat, zu leugnen, so behandeln sie doch ohne Unterschied der Partei die neueste Entwicklung der Krise in bemerkenswert ruhigem und zuversichtlichem Tone und ermahnen das Publikum, den Kopf oben zu behalten.

Es wird hervorgehoben, daß auswärtige Faktoren und besonders die abnormen Abzüge von Gold und Krediten am Freitag und Sonnabend voriger Woche die Lage akut gestaltet haben. Angesichts des internationalen Charakters der Schwierigkeiten wird die Einberufung einer internationalen Konferenz als unbedingt notwendig bezeichnet.

Frankreichs Ansicht.

Der Beschluß der englischen Regierung, die Goldwährung aufzuheben, scheint in gut unterrichteten Pariser Kreisen nicht vollständig überraschend gekommen zu sein, hat aber dennoch große Beunruhigung ausgelöst. Man gibt die Sache des englischen Pfundes noch nicht verloren und scheint namentlich wegen der möglichen Rückwirkungen der jetzt vollends zutage getretenen englischen Krise auf andere Länder weiteren finanziellen Konzessionen nicht abgeneigt zu sein. Jedenfalls sei man sich heute in England darüber klar, daß die Zwischenfälle von Invergordon die unangenehmste Wirkung im Ausland ausgelöst hätten. Das Vertrauen sei erschüttert worden.

Wie Neuyork die Krise sieht.

Die amerikanischen Blätter widmen der Aufhebung der englischen Goldwährung und den möglichen internationalen Auswirkungen dieser Maßnahme mehrere Seiten. Obwohl man das Ereignis in informierten Kreisen vorausgesehen hatte, machte doch die endgültige Bestätigung einen tiefen Eindruck und veranlaßte eine Anzahl Besprechungen führender Bankiers und von Mitgliedern verschiedener Börsen,

wobei die englischen Maßnahmen als notwendig und ihre voraussichtlichen Rückwirkungen auf den Neuyorker Platz als nicht beunruhigend bezeichnet worden sind.

Die amerikanischen Gelder, die in England angelegt sind, erreichen keine beträchtliche Höhe; unterrichtete Bankiers schätzen die amerikanischen Sterling-Guthaben in den britischen Banken auf weniger als 50 Millionen Dollar. Auch die Reservebanken sollen gegenwärtig kaum Sterling-Akzepte besitzen mit Ausnahme der Akzepte für den zusammen mit der Banque de France gewährten August-Kredit von 250 Millionen. Die führenden Bankiers sind zwar abgeneigt, formelle Erklärungen über das Problem abzugeben, die in England veröffentlichten Meldungen jedoch, daß amerikanische Spekulanten Baissevorstöße gegen den Pfund Sterling unternommen hätten, werden als absurd bezeichnet.

Berliner Börse geschlossen.

Der Berliner Börsenvorstand macht bekannt: Mit Rücksicht auf die Schließung der Londoner Börse und anderer europäischer Börsen findet eine Notiz von Wertpapieren, Devisen und Metallen an der heutigen Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht zulässig. Devisenkurse werden heute in der Reichsbank festgestellt. Die deutschen Provinzbörsen schlossen sich der Berliner Börse an.

Pariser Börse bleibt geöffnet.

Die Pariser Börse ist nicht geschlossen. Wie es in informierten Kreisen heißt, sollen die französischen Regierungskreise durch den englischen Geschäftsträger auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht worden sein und sich bereit erklärt haben, alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, um England zu helfen.

Finanzminister Flandin hat eingehend mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, dem Direktor der Devisenabteilung im Finanzministerium, Escalier, und dem Syndikus der Pariser Börsenmakler, Jacob, verhandelt. Im Verlaufe der Besprechung wurden die durch die englischen Beschlüsse geschaffene Lage und die Rückwirkungen, die sie eventuell auf den französischen Finanzmarkt haben könnte, eingehend geprüft. Im Anschluß daran begab sich der Finanzminister zu Ministerpräsident Laval, um ihn über die Lage zu unterrichten.

Die Börsen in Brüssel, Wien, Amsterdam, Stockholm, Zürich und Bombay wurden ebenfalls geschlossen.

Snowden über die Goldsperre.

Die Gesetzesvorlage über die Abschaffung der Goldwährung vor dem Unterhaus.

London, 22. September.

Schatzkanzler Snowden brachte im Unterhaus die Gesetzesvorlage zur vorübergehenden Außerkraftsetzung der Goldwährung ein. Der Gesetzentwurf ermächtigt das Schatzamt, Verfügungen zu erlassen, um Maßnahmen zur Ueberwindung der durch die Aufhebung des Goldstandards entstehenden Schwierigkeiten in Kraft zu setzen. Snowden betonte, der Gesetzentwurf würde den freien Goldmarkt in London nicht einschränken. Auf die Bewegungsfreiheit des Goldes, das von ausländischen Regierungen und Banken der Bank von England zur Aufbewahrung übergeben worden sei, würden keine Beschränkungen gelegt werden. Ihren Verpflichtungen werde die Regierung weiter nachkommen.

Die Welt müsse lernen, daß das gegenwärtige Wirtschaftssystem nicht aufrecht erhalten werden könne, wenn jeder gleichzeitig versuche, seine Anlagen zu liquidieren. Es bestehe die Möglichkeit, daß die gegenwärtige Krise die Wege für eine bessere internationale Zusammenarbeit ebnen würde.

In den Ausführungen Snowdens war noch eine Stelle von besonderer Bedeutung, in der der Schatzkanzler die Bereitwilligkeit der britischen Regierung, eine internationale Konferenz abzuhalten, betonte.

Der Führer der Opposition, Henderson,

gab für die Opposition das Versprechen ab, daß sie alles nur mögliche tun wolle, um Aeußerungen oder Erklärungen zu vermeiden, die dazu angetan sein könnten, eine Panik in England und im Auslande hervorzurufen.

Wieder Börse in London.

London, 22. September.

Nach einer Mitteilung des Börsenvorstandes wird die Londoner Börse am Mittwoch zur üblichen Zeit wieder ihre Pforten öffnen.

Dieser überraschende Beschluß ist geteilt aufgenommen worden. In einigen Bank- und Börsenkreisen der englischen Hauptstadt befürchtet man Kursverluste, da noch nicht allgemein eine Beruhigung eingetreten wäre.

Reichstagszusammentritt 13. Oktober.

Außen- und innenpolitische Debatte.

Zwischen Reichskanzler Brüning und Präsident Löbe wurde vereinbart, daß der Reichstag zu dem von ihm selbst bestimmten Termin, nämlich am 13. Oktober, zusammentritt, um zunächst eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen. Mit der Beratung dieser Regierungserklärung werden sämtliche Anträge und Interpellationen verbunden, die von den Parteien zur Politik der Reichsregierung eingebracht worden sind oder noch eingebracht werden. Man darf also mit einer umfangreichen außen- und innenpoli-

om Reichstag noch
den. Die weiter-
e der Parteien ab
er Besprechungen
chstagspräsidenten.
g des Reichstages
würde eine Weih-
usschüsse arbeiten
ichstag sich wieder

erordnung.

der neuen Not-
die Schlußentschei-
n Kabinettssitzung
s nach dem Besuch
Woche stattfinden
its Erfahrung in
nd innerhalb der
e so weit geklärt
ie Verordnungen
s in der Schluß-
ntkabinett erledigt
als Entwurf zur

chtlich sechs Ma-
ch um die schon
ndergerichte.

Da hier im Reichsjustizministerium bereits Vorgänge aus früheren Jahren vorliegen, wird die formelle Gestaltung dieser Notverordnung wenig Zeit beanspruchen. Die Justizverbilligungsmaßnahmen haben bisher noch gewissen Widerstand gefunden. Es muß damit gerechnet werden, daß einzelne Fragen, deren Regelung zwar von den Ländern aus finanziellen Gründen gewünscht wird, aus prinzipiellen Gründen aber von der Reichsregierung eine Zustimmung nicht finden werden.

Das Reichsarbeitsministerium ist vor allem mit der Frage der Zusammenlegung der Krisenfürsorge mit der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge beschäftigt.

Weiterhin sind vom Reichsarbeitsministerium Ergänzungen zum Dietrichschen Siedlungsplan in Vorschlag gebracht worden, über die auch noch endgültig entschieden werden muß.

Die Grundlinien der neuen Notverordnung im Hinblick auf die Beamten sind bereits durch die preußische Notverordnung bekanntgeworden. Bleibt als letztes die Frage der Hauszinssteuer, die im Kabinett einen überaus lebhaften Meinungsaustausch herbeigeführt hat. Für diese Frage hat sich auch Reichskanzler Dr. Brüning besonders interessiert, und es sind außerdem die einzelnen Interessentengruppen gehört worden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß hier die Meinungen weit auseinandergehen. Ein Beispiel dafür ist die Stellungnahme des preußischen Handelsministers Dr. Schreiber, der aus wirtschaftspolitischen Gründen einen radikalen Abbau der Hauszinssteuer vorgeschlagen hat, während der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, der die Baumwirtschaft in Preußen betreut, im Interesse dieser öffentlichen Baumwirtschaft einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Wenn in der Oeffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, als ob daraus eine Krise im preußischen Kabinett entstehen könnte, so ist das völlig unrichtig, denn die Angelegenheit wird ja nicht von der preußischen Regierung, sondern von der Reichsregierung entschieden.

Notverordnungen der Länder.

Dresden, 23. September.

Der sächsische Ministerpräsident erläuterte vor der Presse die neue sächsische Verordnung und sagte u. a., die Regierung habe sich entschlossen, für dieselbe Zeit, für die die Beamtengehälter weiter gekürzt werden, die Schlachtsteuer um 30 v. H. und die Stempelsteuer um 20 v. H. zu erhöhen und für die Gerichts- und Verwaltungskosten einen Zuschlag von 15 v. H. vorzuschreiben. Die Hochschulgebühren würden heraufgesetzt. Nur mit größten Bedenken habe sich die Regierung entschlossen, das Schulgeld für die höheren Schulen von 180 Mark auf 240 Mark zu erhöhen und für das neunte und zehnte Schuljahr der höheren Abteilungen der Volksschulen sowie der Vollklassen der Berufsklassen ein Schulgeld von 60 Mark einzuführen. Auch für die Hochschulen des Landes seien empfindliche Einschränkungen getroffen worden.

Die Gehälter der akademisch gebildeten Lehrer hätten wesentlich herabgesetzt werden müssen. Bei der höheren Beamtenschaft werde eine allgemeine Herabsetzung der Gehaltsstaffelung vorgenommen. In der Gemeindebeamtenbesoldung werde im allgemeinen die Gleichstellung mit den vergleichbaren Staatsbeamten aufrecht erhalten. Bei der allgemeinen Gehaltskürzung in Höhe von 5 v. H. sei durch eine Freigrenze von 1500 RM Vorsorge getroffen, daß sich bei den unteren Beamtengruppen die Kürzung nur unbeträchtlich auswirke.

Das Ergebnis der besoldungspolitischen Maßnahmen sei eine Ersparnis von rund 5 Millionen RM. Durch sonstige Maßnahmen würden 2,71 Millionen RM gespart. Eine weitere Ersparnis von 2 Millionen RM werde sich ergeben, wenn das Reich eine Aenderung der Pensionsskala mit Wirkung auch für die Länder vornehme.

In Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern sollen die Geschäfte der unteren Staatsverwaltungsbeamten den Amtshauptmannschaften übertragen werden, und zwar von dem Zeitpunkt ab, wo der im Amt befindliche Bürgermeister sein Amt aufgebe. Den Gemeinden unter 1500 Einwohnern solle nur noch in Ausnahmefällen ein berufsmäßiger Bürgermeister vorstehen.

Einschneidende Maßnahmen in Hessen.

Darmstadt, 23. September.

Der hessische Finanzminister teilte der Presse die neue Notverordnung seines Landes mit:

An erster Stelle steht eine allgemeine Gehaltskürzung bei den Beamten unter Freilassung eines Betrages von 1500 Mark. Die Kürzung des 1500 Mark übersteigenden Betrages beträgt fünf v. H. Für die unverheirateten Beamten wird außerdem noch eine weitere Kürzung von fünf v. H. und bei den verheirateten Beamten ohne Kinder eine solche von drei v. H. treten.

Weiter wird angeordnet, daß die Bezüge der Beamten usw. künftig nicht mehr monatlich im voraus, sondern am Monatsende gezahlt werden.

Bei jedem Beamten, der einen Nebenverdienst von mehr als 500 Mark jährlich bezieht, wird der 500 Mark übersteigende Betrag des Nebeneinkommens zur Hälfte bei den staatlichen Dienstbezügen abgezogen. Bei Ruhegehaltsempfängern, die noch ein Arbeitseinkommen haben, wird die Pension gekürzt, wenn das Arbeitseinkommen 2000 Mark übersteigt und außerdem Pension plus Arbeitseinkommen höher sind als das frühere Gehalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310924-12/fragment/page=0005